

Aufstand

Gemeindepräsident Ernst Schöpf geißelt in einem Bürgermeisterbrief das Agrargesetz. Gleichzeitig protestieren auch die Agrarier bei Agrarreferent LHStv. Josef Geisler.

Innsbruck – Vor einer Woche hat die schwarz-grüne Landesregierung das Flurverfassungsgesetz in Begutachtung geschickt. Es soll nach jahrelanger Diskussion den Konflikt zwischen Gemeinden und den rund 250 aus Gemeindegut entstandenen Agrargemeinschaften lösen. Doch gerade die beiden Streitparteien sind mit dem Gesetz nicht zufrieden und tun ihren Unmut öffentlich kund.

Landwirtschaftskammerpräsident Josef Hechenberger hat den Kritikern eröffnet. Er bezweifelt, dass die Agrargemeinschaftsfrage gelöst werden kann. „Aus bäuerlicher Sicht hat sich die Agrargemeinschaftsdebatte in eine unverständliche Richtung entwickelt.“ Die Agrarhardliner von der Agrar West sprechen offen von Enteignung der Agrargemeinschaftsmitglieder. Obmann Toni Riser fordert eine historische Eigentumsprüfung. Kein gutes Haar lässt er am Auseinandersetzungs-

verfahren, das aus seiner Sicht „als Einbahnstraße zu Gunsten der politischen Gemeinde konzipiert“ sei.

Eine weitere Front



„*Es gibt keine Hauptteilungen, das weiß Schöpf. Aber die Vorgangsweise ist sein Stil.*“

LHStv. Josef Geisler (VP)
(Agrarreferent) Foto: Rottensteiner

macht jetzt Gemeindeverbandspräsident Ernst Schöpf auf. Und auch ihn bringen die möglichen Auseinandersetzungsverfahren und Vereinbarungen auf die Palme. Hatte Schöpf noch in einer Besprechung mit der Landesregierung von einem Fortschritt gesprochen,

gegen das neue Agrargesetz



Gemeinden und Agrargemeinschaften protestieren gegen das Agrargesetz, das eigentlich den Konflikt lösen soll.

Foto: Mühlanger

vollzog er am Freitag einen Schwenk. In einem Brief an die Bürgermeister begründet dies Schöpf so: „Wer sich nun intensiver mit dem vorliegenden Entwurf auseinandergesetzt hat, muss feststellen, dass die Novelle, anstatt den Gemeinden nach jahrzehntelangem Unrecht zu verhelfen, dazu missbraucht wird, die Gemeinden abermals zu enteignen und dabei die Rechtsprechung des Verfassungsgerichtshofes

schamlos zu ignorieren.“

Die Auseinandersetzungsverfahren entpuppen sich für Schöpf als lupenreine und verfassungswidrige Hauptteilungen – endgültige Vermögensauseinandersetzungen. „Die Novelle ist in weiten Teilen verfassungswidrig und widerspricht in vielen Teilen der verfassungsrechtlich zugesicherten Gemeindeautonomie.“

Überrascht von diesen Aussagen ist ÖVP-Bau-

ernbundobmann und Agrarreferent LHStv. Josef Geisler. „Es gibt keine Hauptteilungen, das weiß Schöpf. Aber wahrscheinlich ist diese Vorgangsweise der Stil des Präsidenten.“ Geisler geht davon aus, dass es sich um Schöpfs Privatmeinung handle. „Unsere Experten und Verfassungsjuristen sagen ganz klar, dass das Gesetz verfassungskonform ist.“

Aber auch in seinem Bauernbund regt sich

Widerstand. Den Bauern gehen die Regelungen zu weit. Bauernbunddirektor Peter Raggl spricht selbst von massiver Kritik aus den eigenen Reihen. Am Montag wird die Bauernbundspitze in Pfons ihre Mitglieder von der Agrar-novelle informieren. Geisler und Raggl erwartet ein heißer Abend.

Noch bis 25. März dauert die Begutachtung. Die Oppositionsparteien stehen dem Entwurf ebenfalls sehr kritisch ge-

Reaktionen

Landwirtschaftskammerpräsident Josef Hechenberger: „Jedenfalls kritisch hinterfragt wird, ob es bei der Umsetzung der VfGH-Erkenntnisse nicht einen weiteren Spielraum gibt, um doch noch eine Besserstellung der Agrargemeinschaften herbeiführen zu können.“

Agrar-West-Obmann Toni Riser: „Wo ist die so genannte Eigentumschützende Partei ÖVP geblieben? In Erfüllung der Vorgaben des Erkenntnisses zu Pflach ist bei allfälligen Auseinandersetzungsverfahren sowie bei allfälligen behördlichen Gemeindegutsfeststellungen eine historische und rechtliche Überprüfung gesetzlich vorzuschreiben.“

Gemeindeverbandspräsident Ernst Schöpf: „Es wird behauptet, dass mit diesem Entwurf die Erkenntnisse des Verfassungsgerichtshofes auf Punkt und Beistrich umgesetzt würden. Das mag für die Punkte und Beistriche gelten, für den Inhalt jedenfalls nicht.“

genüber. SPÖ, FPÖ, Vorwärts Tirol und Liste Fritz dürften ihn ebenfalls ablehnen. Sie fordern die Rückübertragung des Gemeindeguts an die Gemeinden, das verfassungswidrig an die Agrargemeinschaften übertragen wurde. (pn)